

## **Medienmappe zuhanden der Medienkonferenz - 2x NEIN zur AHV21**

23. August 2022, 10 Uhr, Gürtelstrasse 24 in 7000 Chur

Am 25. September 2022 stimmt die Schweiz über die AHV 21 ab. Die Vorlage führe zu mehr Gleichstellung und Generationensolidarität. Doch wir sagen NEIN:

NEIN zu einer Reform auf Kosten der Frauen: Mit der Vorlage AHV 21 verlieren die Frauen ein Jahr AHV-Rente - das bedeutet rund 26'000 Franken weniger Einkommen. Doch schon heute beziehen Frauen 37% tiefere Renten als Männer. Diese Reform verschärft also die Ungleichheit.

NEIN zu einer Reform auf Kosten von uns allen: Die Mehrwertsteuererhöhung kommt im falschen Moment, denn das Leben wird teurer und die Realeinkommen sinken.

NEIN zu einer Reform auf Kosten von Normal- und Geringverdienenden: Auf dem Arbeitsmarkt sind die Perspektiven im Alter schlecht. Fakt ist: Wer es sich leisten kann, geht heute in Frühpension - wer nicht, arbeitet weiter.

Wir haben Zeit, eine fairere Reform auszuarbeiten. Die AHV schreibt sogar in den Corona-Jahren ein Plus und der Bundesrat musste kürzlich seine Prognosen deutlich nach oben korrigieren.

Am 25. September besteht darum die Chance, diesen Rentenabbau auf Kosten der Frauen und uns allen zu verhindern. Die Pro-Seite dieser Revision ist zwar (finanziell) stark, doch wir wollen als argumentativ starkes Nein-Komitee dagegenhalten.

Personen aus verschiedenen Organisationen und Parteien sind an der Medienkonferenz vertreten und erläutern, warum die Vorlage abzulehnen ist:

Sandra Locher Benguerel	Nationalrätin SP	Seite 2
Paola Giovanoli	Frauen*streikkollektiv	Seite 3
Edina Annen	Präsidentin GGR	Seite 4
Anita Mazzetta	Grüne	Seite 5
Markus Cadosch	SEV	Seite 6
Judith Bucher	VPOD	Seite 7
Renate Rutishauser	SBK	Seite 8
Maja Juric-Dzijan	Syndicom	Seite 9
Anke Gähme	UNIA	Seite 10

## **Sandra Locher Benguerel (Nationalrätin SP)**

Fairness, Gleichberechtigung: Das versprechen Plakate landauf, landab und werben für das gleiche Rentenalter von Frau und Mann. Die Mehrheit der Schweizerinnen versteht Gleichberechtigung anders. Auch ich gehöre zu dieser Mehrheit und habe bereits im Parlament mit Überzeugung NEIN zur AHV 21 gestimmt.

Die Reform bildet eine Kernvorlage der laufenden Legislatur. Und bei dieser empfinde ich meine Verantwortung als Volksvertreterin besonders stark. Deshalb habe ich das Ringen im Bundeshaus aktiv begleitet. Im Laufe der Debatten wurden die Ausgleichsmassnahmen in Folge der Angleichung des Rentenalters so stark gekürzt, dass bei der Schlussabstimmung das Referendum gegen diese unfaire Vorlage bereits beschlossen war.

Die AHV ist eine grosse Errungenschaft und bildete im 20. Jahrhundert die gemeinschaftliche, generationenübergreifende Antwort auf die Existenznot eines grossen Teils der Bevölkerung. Gemäss Bundesverfassung sollte die AHV existenzsichernd sein. Doch davon sind wir weit entfernt. Der geplante Rentenabbau steht deshalb in starkem Gegensatz zum Verfassungsauftrag. Denn bereits heute stellt die Pensionierung viele vor existenzielle Probleme. Niemand kann in der Schweiz nur von der AHV-Rente leben, dies erlebe ich in meinem eigenen Umfeld. Die AHV 21 ist eine verpasste Chance, Antworten auf die grossen Rentensorgen zu bieten. Im Gegenteil: Sie verschlechtert die Renten jener, die heute schon am wenigsten haben, nämlich der Frauen. Die Zahlen sprechen eine klare Sprache: Die Medianrente lag 2020 bei 1'787 Franken. Wir wissen alle, dass man mit diesem Betrag nicht leben kann. Zur Erinnerung: Die Armutsgrenze wird von der SKOS (Schweizerische Koordinationsstelle für Sozialhilfe) auf 2'279 Franken für eine alleinstehende Person festgelegt. Für fast ein Drittel der Frauen, ist die AHV die einzige Einnahmequelle im Alter.

Die Befürworterinnen und Befürworter der Vorlage verträsten mit Verbesserungsversprechen in der zweiten Säule. Dort besteht jedoch durch die kürzliche Rückweisung im Ständerat völlige Orientierungslosigkeit. So dass Frauen am Ende mit einem Rentenloch und null Verbesserungen dastehen könnten.

Statt das Versprechen existenzsichernder AHV-Renten endlich einzulösen, soll nun die Solidarität geschwächt werden!

Unbestritten ist, die AHV benötigt mehr Mittel. Nach neuesten Berechnungen des Bundesamtes für Sozialversicherungen würde der AHV-Fonds bis 2032 zwar abnehmen, aber nicht so stark wie angenommen. Ohne Reform würde die AHV 2029 in die roten Zahlen rutschen. Da die AHV sogar in den Corona-Jahren ein Plus schrieb, musste der Bundesrat vor ein paar Wochen seine Prognosen deutlich nach oben korrigieren.

Es bleibt also genug Zeit für eine faire und zukunftsfähige Reform-Vorlage. Mit einem Nein am 25. September machen wir dafür den Weg frei. Den Rentenabbau auf Kosten von Frauen und uns allen gilt es zu verhindern.

**Paola Giovanoli** (Frauen\*streikkollektiv)

Bevor wir erste AHV-Beiträge bezahlen, braucht es 18 Jahre Betreuungs- und Erziehungsarbeit! Diese noch überwiegend weibliche Billig- oder Gratisarbeit will man nun im Ernst mit einem Rentenabbau quittieren?

Mit der AHV-Revision soll jede Frau unter 55 durchschnittlich 26'000 Franken opfern. Wir alle sollen 1 Jahr länger arbeiten. Ausgeglichen wird das Ganze mit historisch kleinen Kompensationszahlungen für gerade mal 9 Jahrgänge der Übergangsgeneration. Und nachher bekommen wir trotzdem weniger Rente als männliche Kollegen, im Schnitt 37% weniger über alle drei Säulen.

Jede zweite Frau bezieht heute weniger als 3000 Franken Rente. Jede 4. Frau lebt ausschliesslich von der AHV, jede 9. muss EL beziehen. Das sind Zahlen in einer Statistik. Aber es ist auch das Leben unserer Mütter, Tanten, Freundinnen und Nachbarinnen. Viele von ihnen haben hart gearbeitet, unbezahlt oder schlecht entlohnt, in der Reinigung, im Detailhandel, in der Pflege. Sie können sich kaum Frühpensionierung leisten. Jahrzehntlanges Jonglieren zwischen Job, Kinderbetreuung und Haushalt erschöpft. Eine AHV-Revision sollte doch genau IHNEN ein Altern in Würde ermöglichen, nicht umgekehrt!

Und warum hetzen wir bei der 1. Säule so? Währenddessen bremst der Ständerat einmal mehr bei der Revision der viel schrägeren 2. Säule. Doch gerade hier ist viel Gleichstellungspotential, das Gefälle zwischen den Geschlechtern beträgt über 60%!

Die Eile in Sachen "Gleichstellung" ist auch sonst neu: Unsere weiblichen Vorfahr:innen und Mitstreiter:innen haben unendlich lange auf ein Stimmrecht, auf einen Mutterschaftsurlaub, auf eine rechtliche Gleichstellung gewartet. Und wir warten immer noch auf eine ausgeglichene Vertretung in Politik und Wirtschaft, auf eine wirkliche Anerkennung der care-Arbeit, auf Schutz vor genderspezifischer Gewalt, auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit, auf bezahlbare Kitas...

Wir sagen Nein zur Revision 21 der AHV, denn uns fehlt nicht zuletzt der nötige Ausgleich in der Vorlage. Die letzte erfolgreiche AHV-Revision 1997 erhöhte das Rentenalter der Frauen um zwei Jahre. Gleichzeitig wurden Betreuungs- und Erziehungsgutschriften eingeführt. Ebenso kennt man seither das Einkommenssplitting. Das war echte, lebensnahe Gleichstellung!

«Die Jungen bekommen sonst keine Rente mehr, Männer arbeiten ja auch bis 65 und feministische Anliegen sind nur für Linke», so spielt das Ja-Komitee alt gegen jung, Frauen gegen Männer und links gegen rechts aus. Wir vom feministischen Streikkollektiv hingegen wollen eine echte AHV-Revision für ALLE. Gleichstellung geht anders, die 1. Säule soll fair finanziert werden und ein Altern in Würde erlauben.

**Edina Annen** (Präsidentin GGR Graubünden)

Eine AHV-Abbau-Vorlage auf Kosten der Frauen ist inakzeptabel: sie erhalten ein Drittel weniger Rente als Männer und können fast nur auf die AHV zählen. Diese Rentenlücke spiegelt die ungleiche Verteilung der Erwerbschancen. Mit der Annahme der AHV 21 würden Frauen in Zukunft ein Jahr AHV-Rente verlieren – gemessen am Medianeinkommen sind dies rund 26'000 Franken Einkommensverlust.

60- bis 64-Jährige sind die Altersgruppe mit der höchsten Arbeitslosenquote. Die Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt für ältere Menschen sind schlecht. Nur wenige Arbeitgebende geben ihnen eine Chance. Das heisst: sie haben grössere Mühe, wieder eine Stelle zu finden, wenn sie arbeitslos sind und dies unabhängig von Qualifikationen oder Lohnvorstellungen. In Gastronomie, Gesundheits- und Sozialwesen sowie im Detailhandel hat die Zahl der älteren arbeitslosen Frauen stark zugenommen. Die Erhöhung des Rentenalters wird mehr Personen in die Langzeitarbeitslosigkeit oder Sozialhilfe treiben.

Die aktuellen Preise für Waren, Dienstleistungen sowie auch Krankenkassenprämien steigen bereits jetzt. Mit der Annahme von AHV 21 wird auch der Mehrwertsteuersatz erhöht. Konkret bedeutet dies, dass wir alle in Zukunft mehr bezahlen, während die AHV gekürzt wird.

## **Anita Mazzetta** (Verda)

Wir erleben gerade turbulente Zeiten. Die weltweite Pandemie und der Ukraine-Krieg verunsichern und sorgen für eine angespannte Wirtschaftslage. Die Preise steigen, v.a. die Energiepreise schnellen in die Höhe, die Mieten ebenfalls, die Inflation nimmt zu und bereits ist die Rede von einem Preisschock bei den Krankenkassenprämien. Ohne Teuerungsausgleich drohen die Realeinkommen und die Kaufkraft in der Schweiz zu sinken. Viele Schweizer:innen haben immer weniger im Portemonnaie.

In diesem schwierigen Umfeld soll nun auch noch die Mehrwertsteuer um 0.4 Prozent angehoben werden. Steigt das Rentenalter der Frauen, steigen die Preise für die Konsument:innen. Die Mehrwertsteuer ist nämlich mit der AHV 21 Reform verknüpft. Die AHV 21 heizt damit die Preise zusätzlich an. Das bekommen gerade die Menschen zu spüren, die bereits unter den steigenden Lebenskosten und der sinkenden Kaufkraft zu leiden haben. Die viel beschworene Solidarität hinterlässt so einen bitteren Beigeschmack.

### Alternativen für die AHV-Finanzierung

Für die Finanzierung der AHV-Renten gibt es bessere Alternativen: Die AHV kann mit einem Teil der hohen Gewinne der Nationalbank saniert werden – ohne Rentenabbau für die Frauen und ohne eine Mehrwertsteuererhöhung für alle. Allein die Gewinne der Nationalbank aus den Negativzinsen der letzten Jahre würden reichen, um die AHV 10 Jahre lang zu finanzieren. Die SNB-Initiative ist auf dem Tisch. Die AHV hätte auch mehr Einnahmen, wenn die Lohnungleichheit zwischen Mann und Frau endlich behoben würde. Gleiche Löhne für Mann und Frau würde der AHV zusätzliche Einnahmen in der Höhe von 825 Millionen Franken bringen.

Die AHV-Finzen sind heute (noch) nicht in Schieflage. Wir haben Zeit für eine faire Lösung. Tatsache ist: Die AHV hat heute ein Vermögen von fast 50 Milliarden Franken. Wir werden zudem nicht nur älter, wir werden auch produktiver, was gut für die AHV ist. Über 50 Jahre lang kam die AHV ohne Erhöhung der Lohnbeiträge aus, obwohl sich die Zahl der Rentner:innen im gleichen Zeitraum mehr als verdoppelt hat.

Auch ich bin für das gleiche Rentenalter von Mann und Frau. Auch ich wünsche mir mehr Geschlechter- und Generationengerechtigkeit bei der Altersvorsorge. Die AHV 21 trägt aber nicht dazu bei. Die Rentenlücke der Frauen bleibt trotz der Anhebung des Frauenrentenalters bestehen. Tiefere Löhne, Teilzeit und unbezahlte Arbeit führen zudem immer noch zu skandalös tiefen Frauenrenten. Trotzdem sollen die Frauen im nächsten Jahrzehnt fast 70 Prozent zur Stabilisierung der AHV beitragen. Mit einem NEIN zur AHV 21 machen wir den Weg frei für eine faire Finanzierung der AHV.

**Markus Cadosch** (SEV)

Die Gleichstellung als Argument für diese AHV-Revision zu nehmen, ist ein Scheinargument! Noch immer ist die Gleichstellung bei den Löhnen nicht erreicht. Trotz belegbarem Rückstand der Frauen bei den Löhnen, sollen sie nun also ausgerechnet bei der AHV vermeintlich gleichgestellt werden? Dies noch dazu, wo viele Frauen in Berufen mit hoher Arbeitslast und niedrigen Löhnen arbeiten. So eine heuchlerische Gleichstellung lehne ich ab!

Zudem spielen die bürgerlichen Kräfte im Parlament sehr offen mit dem Gedanken, das Rentenalter generell zu erhöhen. Wenn Sie sich ansehen, welche Mühe Stellensuchende über 50 bereits jetzt bekunden, werden sie rasch erkennen, dass dies der falsche Weg ist. Zudem haben gerade Arbeitnehmende in körperlich belastenden Berufen häufig gar nicht mehr die Kraft, noch länger zu arbeiten. Ein Land wie die Schweiz kann es sich leisten, Renten zu bezahlen, welche auch im Alter ein würdiges Leben ermöglichen. Der politische Wille zur sinnvollen Verteilung vorhandener Mittel muss aber dafür vorhanden sein. Dass nur einseitig die Arbeitnehmenden die Zeche bezahlen sollen geht auf jeden Fall nicht!

**Judith Bucher** (VPOD)

Mit der geplanten Abschaffung der Verrechnungssteuer auf inländischen Obligationen erhalten einige wenige Grosskonzerne neue Sonderrechte. Sie werden begünstigt, wenn sie Geld am Kapitalmarkt besorgen. Gleichzeitig fördert die Abschaffung die Steuerkriminalität. Das führt insgesamt zu Steuerausfällen von jährlich bis zu 800 Millionen Franken. Am Schluss müssten einmal mehr die Bürgerinnen und Bürger für diese Kosten aufkommen.

Gleichzeitig predigt man jedoch, dass die Frauen, mit den insgesamt kleinsten Altersrenten nun sparen und ein Jahr länger arbeiten sollen. Dies empfinden wir als einen ausgesprochenen Hohn.

## **Renate Rutishauser** (SBK GR)

Der Pflegeberufsverband SBK setzt sich seit Jahren für starke Sozialwerke ein, von denen sowohl die breite Bevölkerung als auch seine Mitglieder profitieren. Dazu gehören insbesondere die Institutionen der Altersvorsorge, AHV und die BVG. Insbesondere berücksichtigt der SBK dabei, dass die durch die genderspezifischen Unterschiede bestehenden Ungerechtigkeiten gegenüber Frauen eliminiert werden. Diesbezüglich ist die AHV die attraktivere Säule der Vorsorge, weil sie "im Grundsatz" gerechter ist und der Gendergap kleiner als beim BVG.

90% der in der Pflege Tätigen sind Frauen, die in der Regel aufgrund von Familienpflichten, aber auch wegen der grossen Belastung, die der Beruf in körperlicher, aber auch seelischer Hinsicht mit sich bringt, zu 80% in Teilzeit arbeiten.

Dadurch verringert sich automatisch auch der Beitrag, den sie in die Altersvorsorge der zweiten Säule einzahlen können. Das heisst, dass die Abhängigkeit von einer sicheren Altersrente durch die AHV gross ist. Eine vermeintliche Stabilisierung der ersten Säule durch die Erhöhung des Frauenrentenalters sehen wir nicht. Denn diese müssten diejenigen bezahlen, die bereits jetzt benachteiligt sind.

Ein Beispiel: nach Abschluss der Lehre zur Fachfrau Gesundheit verdient eine junge Frau im Monat Fr. 4100.-.

Später bildet sie sich zur diplomierten Pflegefachfrau weiter und verdient gut Fr. 5200.- im Monat.

Sie gründet mit 30 Jahren eine Familie. Sie verlässt den Beruf vorübergehend ganz, weil es keine KiTa gibt, deren Öffnungszeiten den Arbeitszeiten einer Pflegefachfrau entsprechen.

Nach zehn Jahren beginnt sie wieder zu arbeiten, immer in Teilzeit.

Daneben bleibt sie hauptverantwortlich für die Kindererziehung und den Haushalt.

Zeit für einen beruflichen Aufstieg findet sie nicht. Die Kaderstellen sind überwiegend von Männern besetzt. Möglicherweise benötigen ihre Eltern oder Schwiegereltern in späteren Jahren Unterstützung, weshalb unsere Pflegefachfrau ihr Pensum erneut reduziert- denn sie ist ja für Pflege qualifiziert, auch wenn diese nun nicht einmal schlecht, sondern gar nicht bezahlt wird.

Sie konnte so nur sehr geringe Beiträge in der Pensionskasse ansparen, über eine dritte Säule verfügt sie gar nicht.

Um nun wenigstens von der vollen AHV profitieren zu können, wäre sie mit Annahme der Vorlage gezwungen, bis 65 weiterzuarbeiten, was sie aufgrund der gestiegenen Anforderungen des Berufs, des Fachkräftemangels, der eigenen nachlassenden Kräfte und der fortbestehenden familiären Verpflichtungen nicht kann und so eine deutliche Renteneinbusse in Kauf nehmen muss. Das schon jetzt nicht faire System würde mit der Vorlage noch unfairer. Ein Schlag ins Gesicht all jener, die im letzten Jahr die Pflegeinitiative angenommen haben.

**Maja Juric-Dzijan** (Syndicom)

Ältere Arbeitnehmende kämpfen im Schweizer Arbeitsmarkt immer mehr mit Diskriminierungen: beispielsweise nehmen prekäre Arbeitsverhältnisse zu, die Arbeitslosigkeit bei über 50-jährigen steigt. Vor allem aber nimmt die Zahl der Ausgesteuerten und Sozialhilfeabhängigen stark zu. Deshalb fordern die Gewerkschaften eine bessere soziale Absicherung gegen Ende des Erwerbslebens.

Auch bei der Post wird der Druck auf die älteren Kolleg:innen immer grösser. Höhere Produktivität in immer weniger Zeit ist das Ergebnis eines gewinnorientierten Postkonzerns – das geht häufig auf Kosten langjähriger und erfahrener Mitarbeiter:innen.

Durch AHV 21 würde der Druck nur noch grösser werden, zudem würde die Vorlage «AHV 21», über die wir Ende September abstimmen, den Gesamtarbeitsvertrag Post merklich schwächen. Bis 65 arbeiten und dabei gesund bleiben? Für Pöstlerinnen und Pöstler ist das schon heute eine große Herausforderung, da die Arbeitsbelastung mit dem massiv ansteigenden Paketvolumen immer stärker wird. Zudem stellt die AHV21 das fortschrittliche Rentensystem der Pöstlerinnen und Pöstler arg in Frage. Zudem ist die AHV21 der erste Schritt zum Rentenalter 67 für alle und bringt keine Verbesserung für unsere Pöstlerinnen und Pöstler. Um die Errungenschaften des GAV Post zu schützen, sagt syndicom klar 2x Nein zum AHV-Abbau!

**Anke Gähme** (Unia)

Der Begriff Reform sollte in einem wirtschaftlich starken Land sehr positiv für die jeweils betroffenen Bürger:innen besetzt sein.

Die geplante Reform AHV 21 zeigt, dass es bei uns auch anders geht. Die Frage stellt sich, warum werben gerade Arbeitgebende, Banken und Versicherungen für diese Abbau-Vorlage?

Weil sie ein weiterer Schritt in die Privatisierung der Altersvorsorge und hin zum freien Spiel der Kräfte der Finanzmärkte mit unseren Altersrücklagen ist.

In diesem ersten Reformschritt steckt der Versuch, ein höheres Rentenalter für einen Grossteil der Bevölkerung mit ein paar vermeintlichen Zuckerli verziert schmackhaft zu machen; dies, um die nächsten Schritte zur allgemeinen Erhöhung des Rentenalters vorzubereiten.

Was zeigt die Realität, die wir als Gewerkschaften in unserer täglichen Arbeit erleben tatsächlich. Nur noch knapp die Hälfte aller Arbeitnehmenden ist heute in den letzten zwei Jahren vor der regulären Altersrente noch berufstätig. Sie werden in Frühpensionierungen gedrängt oder am Arbeitsmarkt aussortiert.

Frauen haben bereits heute ein Drittel weniger Altersrente und zusätzlich aufgrund Familienzeiten und geringerem Einkommen eine deutlich geringere Pensionskasse, die nicht zum Leben reicht.

Frauen in bisher typischen «Frauen»-berufen wie Detailhandel, Coiffeurbranche, Reinigung oder auch Gastronomie sind in Niedriglohnbereichen tätig, die so generell auch ohne Teilzeit zu geringen, nicht zum Leben ausreichenden AHV-Renten führen.

Frauen, welche tatsächlich ihre Arbeitspensen erhöhen wollen, haben es auch bei der derzeitigen Arbeitsmarktlage schwer, dies dauerhaft vertraglich sichern zu lassen. Flexible Pensen – für Arbeitgeber sehr praktisch – führen zu unsicherer Lebensplanung und mangelnden Altersrücklagen.

Auch heute ist die Betreuungssituation für Kinder in ihrer Gesamtheit immer noch darauf ausgerichtet, dass Frauen lange Jahre ihres Erwerbslebens nicht oder nur geringfügig erwerbstätig sein können.

In einem Land, in dem Unternehmen rekordhohe Profite schreiben, gibt es bessere Möglichkeiten, um eine gute AHV-Rente für alle dauerhaft zu finanzieren.

Mit der geplanten Erhöhung der Mehrwertsteuer finanzieren wir alle eine dauerhafte Rentenkürzung für Frauen und perspektivisch eine Kürzung der AHV für Alle. Schaffen wir als Erstes Chancengleichheit im Berufsalltag für alle Menschen – egal welchen Geschlechts – in unserem Land.

Schaffen wir endlich Lohngleichheit und Lohntransparenz in unserem Land.

Schaffen wir für Familien Betreuungssituationen für Kinder und alte Menschen, die Berufstätigkeit und Familienleben zulassen.

Lassen wir nicht zu, dass Arbeitnehmende die Last einer AHV Reform einseitig tragen sollen.

Und vor allem – stärken wir die AHV nicht auf dem Rücken derer, die am unteren Ende der Einkommensskala stehen.

Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer trifft als erstes Menschen mit geringem Einkommen und Familien in Zeiten, in denen die Inflation stark steigend ist und die Energiekosten, das Familienbudget massiv bereits belasten.

Mit der kürzlich lancierten SNB-Initiative wird die Sicherung der Finanzierung für die nächsten 10 Jahre – trotz demografischer Alterung gesichert und das Vermögen der AHV wäre 2032 sogar höher als heute.

Eine Alternative, die nachhaltig auch für die folgenden Generationen eine Altersvorsorge sichert, ist möglich. Deshalb ja zur SNB-Initiative und nein zur Rentenalterserhöhung der Frauen.